

# Inhaltsverzeichnis

- Einleitung** . . . . . 1
  - I. Gegenstand und Zweck der Untersuchung . . . . . 1
  - II. Methodisches Vorverständnis . . . . . 25
  - III. Stand der Forschung . . . . . 26
  - IV. Gang der Untersuchung . . . . . 29
  
- Erster Teil Probleme des modernen Parlamentarismus im historisch-politischen Kontext** . . . . . 31
- A. Entwicklungstendenzen des modernen Parlamentarismus . . . . . 33
  - I. Typologie . . . . . 33
    - 1. Zwei Haupttypen der ständischen Verfassungen in Europa . . . . . 33
    - 2. Modernes Parlament: Amalgamierung . . . . . 33
  - II. Vorgeschichte der parlamentarischen Repräsentation . . . . . 36
    - 1. England . . . . . 43
    - 2. Frankreich . . . . . 47
    - 3. Amerika . . . . . 51
    - 4. Deutschland . . . . . 58
    - 5. Schweiz . . . . . 60
      - a) Vorgeschichte . . . . . 60
      - b) Gründung des schweizerischen Bundesstaates – Einführung des Zweikammer-Systems . . . . . 61
  - III. Kontinuierliche Diskursgeschichte . . . . . 63
    - 1. Idealistisches Parlamentarismusverständnis . . . . . 63
    - 2. Balance zwischen Tradition und Fortschritt . . . . . 65
    - 3. Politische Parteien: Instrument der demokratischen Willensbildung . . . . . 67
- B. Legitimationsprobleme des demokratischen Parlamentarismus in der Zwischenkriegszeit . . . . . 71
  - I. Rechtsgeschichte der Zwischenkriegszeit: Eigentümliche Parallelen . . . . . 71
    - 1. Weimar: Überforderte Republik . . . . . 71
    - 2. Krise der Sozialpolitik – politische Blockaden . . . . . 72
    - 3. Gescheiterte Plebiszite . . . . . 73
    - 4. Fazit . . . . . 73
  - II. Deutsche Staatsrechtslehre: Der Methoden- und Richtungsstreit . . . . . 74
    - 1. Mangel eines konsensfähigen Demokratiekonzepts . . . . . 75
      - a) Methoden- und Richtungsstreit: Kritik am Rechtspositivismus . . . . . 76
      - b) Kritik am Weimarer System: Parlamentarismuskritik . . . . . 80
    - 2. Ideologischer Dogmatismus . . . . . 81
      - a) Politischer Desintegrationsprozess . . . . . 81
      - b) Besonderes Problem: Statisches Rechtsdenken . . . . . 81
  - III. Carl Schmitt und Hermann Heller . . . . . 82
    - 1. Kritik von «rechts»: Carl Schmitt . . . . . 82
      - a) Parlamentarismuskritik . . . . . 82
      - b) Identität von Regierenden und Regierten . . . . . 83
      - c) Ablehnung jeglicher pragmatischen Korrektur . . . . . 84

2. Kritik von «links»: Hermann Heller . . . . .	86
a) Methodischer Neuansatz: Staatslehre als Wirklichkeitswissenschaft . . .	87
b) Staatstheoretisches Konzept . . . . .	88
c) Staat als organisierte Entscheidungs- und Wirkungseinheit . . . . .	89
d) «Sozialer Rechtsstaat» als Instrument sozialer Integration: Notwendig- keit parlamentarischer Repräsentation . . . . .	92
e) Reaktion auf die Krise des integrativen Staates: Verfassungsreform . . . .	94
IV. Ständische Experimente – gescheiterte «Dritte Wege» . . . . .	96
V. Bonner Republik: System des «reinen Parlamentarismus» . . . . .	98
C. Fazit: Kontinuität in der Parlamentarismuskritik . . . . .	102
<b>Zweiter Teil Grundlagen und Begriffe</b> . . . . .	105
A. Verfassungsstaat im Geflecht der internationalen und europäischen Beziehungen . . .	107
I. Handlungsmöglichkeiten des Staates und des Parlamentes . . . . .	108
1. Interdependenz als rechtlicher Normalzustand . . . . .	108
2. Verfassungsstaatliches Gefüge unter Anpassungsdruck – Auswirkungen auf das Gewaltenteilungsprinzip . . . . .	110
3. Innerstaatliche Konsensfindung als Problem . . . . .	115
II. Realistisches Verfassungs- und Parlamentsverständnis . . . . .	117
B. Souveränität, Legitimität und Repräsentation im nationalstaatlichen, europäischen und internationalen Kontext . . . . .	118
I. Souveränität im Wandel . . . . .	120
1. Entgrenzungsphänomene – struktureller Zwang zur Kooperation . . . . .	123
2. Entgrenzung der Politik – Stärkung der Stellung des Individuums im Staat . .	126
3. Regulierung der Entgrenzungs- und Privatisierungsfolgen . . . . .	128
4. Menschen- und bürgerorientiertes Souveränitäts- und Legitimitätsverständnis – Flexibilisierung des grundgesetzlichen Demokratieprinzips . . . . .	129
II. Legitimationsbedürftige demokratische Herrschaft . . . . .	132
1. Legitimationsgrundlage der Verfassung: Selbstbestimmung der Menschen . .	135
2. Struktureller Zwang zur Kooperation – Relativierung der staatlichen Souveränität . . . . .	137
3. Funktionsverschiebungen im staatlichen Verfassungsgefüge . . . . .	144
4. Verschiebung der Legitimationserfordernisse . . . . .	146
III. Menschen- und bürgerorientiertes Souveränitäts- und Legitimitätsverständnis . .	148
1. Menschenwürde als notwendiges (normatives) Strukturelement . . . . .	148
2. Mensch als Grund und Grenze jeder menschlichen Gemeinschaft und Rechtsordnung . . . . .	149
3. Parlamentslegitimation: Demokratische Legitimation als Garantiefunktion des Gesetzes . . . . .	150
a) Demokratieprinzip . . . . .	150
b) Parlamentarische Repräsentation als Verwirklichung der Volkssouveräni- tät . . . . .	150
c) Repräsentative Demokratie in modernen Grossflächenstaaten . . . . .	153
4. Rückführbarkeit staatlicher Entscheidungen auf das pluralistische Staatsvolk	153
C. Handlungsfähigkeit des pluralistischen Staatsvolkes durch demokratische Repräsen- tation . . . . .	158
I. Demokratische Repräsentation . . . . .	159
1. Repräsentationsbegriff . . . . .	160
2. Parlamentarische Repräsentation . . . . .	171

a)	Parlament als Repräsentationsorgan . . . . .	172
b)	Parlamentarische Repräsentation als politische Gestaltungsaufgabe . . . . .	175
c)	Öffentliche Beratung und Entscheidung . . . . .	179
3.	Parlamentsbeteiligung am Prozess der Europäisierung und Internationalisierung . . . . .	180
II.	Parlament als Organisationsgesetzgeber . . . . .	181
1.	Demokratische Willensbildung . . . . .	182
2.	Repräsentation als demokratische Arbeitsteilung (Gewaltenteilung) . . . . .	183
3.	Rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen . . . . .	186
III.	Parlamentarische Gesetzgebung: Komplexer, arbeitsteiliger Prozess . . . . .	188
1.	Hoher Anteil von Regierung und Verwaltung – begleitende und mitwirkende Kontrolle des Parlaments . . . . .	188
2.	Wahrnehmung der Kontrollverantwortung . . . . .	189
3.	Notwendigkeit politischer Kompromisse . . . . .	190
D.	Demokratische Legitimation im Mehrebenensystem . . . . .	191
I.	Mehrebenen-Demokratie: Legitimationsprobleme . . . . .	192
1.	Bundesstaatliche Ebene . . . . .	194
2.	Europäische Ebene . . . . .	196
3.	Internationale Ebene . . . . .	197
II.	Realitätsgerechtes Legitimationsmodell: Pluralismus der Legitimationsquellen . . . . .	198
1.	Beteiligung mehrerer Akteure am arbeitsteiligen Legitimationsprozess . . . . .	199
2.	Rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen (institutionelle Arrangements) . . . . .	199
III.	Demokratischer Verfassungsstaat im Dienste der Menschen . . . . .	201
1.	Delegation demokratischer Herrschaft an das Parlament . . . . .	201
2.	Demokratische Herrschaft: Schutz und Ermöglichung der Freiheit . . . . .	201
	<b>Dritter Teil Veränderungen und Anpassungen . . . . .</b>	<b>203</b>
A.	Neue Rahmenbedingungen staatlichen und parlamentarischen Handelns . . . . .	203
I.	Globalisierung: Veränderung der Handlungsmöglichkeiten des Staates . . . . .	203
1.	Emanzipation der Politik vom Staat . . . . .	204
2.	Trend zu Netzwerken transnationaler Verwaltungskooperation . . . . .	204
3.	Logik der internationalen Ordnung: Kooperation der Staaten . . . . .	205
II.	Veränderte Realfaktoren . . . . .	206
1.	Geographische, soziale und rechtliche Entgrenzungen und Vernetzungen . . . . .	206
2.	Kontextuelles Modell parlamentarischer Demokratie . . . . .	208
III.	Mangelnder politischer Konsens als Ursache des Reformstaus? . . . . .	210
1.	Gleichzeitigkeit von institutionellen und strukturellen Reformen . . . . .	210
2.	Hoher Reformbedarf – hohe Legitimationslast . . . . .	211
3.	Konsensbeschaffung als Problem – Verhandlungsdemokratie als Realität . . . . .	214
IV.	Konnex zwischen Steuerung, Kontrolle und Legitimation: Flexibilisierung der Demokratiekonzepte . . . . .	216
1.	Normative Legitimation – Legitimität als gesellschaftliche Anerkennung . . . . .	217
2.	Demokratisch legitimes Parlament mit genuin politischer Gestaltungsaufgabe . . . . .	217
3.	Schwierige Definition dieser politischen Gestaltungsaufgabe . . . . .	218
B.	Wandel der Staatsaufgaben und -funktionen . . . . .	218
I.	Offene Staaten unter weltwirtschaftlichem Anpassungsdruck . . . . .	219
1.	Staaten im internationalen Standortwettbewerb . . . . .	219

2. Komplexes Mehrebenensystem aus Nationalstaat, EU und (Welt-) Gesellschaft . . . . .	221
3. Staatliche Rahmenbedingungen unter europäischem und internationalem Anpassungsdruck . . . . .	222
a) Internationales und europäisches Wirtschafts- und Finanzmarktrecht . . . . .	223
Zur internationalen Ebene: . . . . .	223
Zur europäischen Ebene: . . . . .	224
b) Trias: Standortwettbewerb – Systemwettbewerb – Regulierungswettbewerb . . . . .	225
c) Staatliche Ordnungspolitik als Orientierungshilfe . . . . .	228
II. Staat als Partner – mangelnde Organisation von Gerechtigkeit als Legitimationsproblem? . . . . .	229
1. Kooperativer Staat – Sicherung und Erweiterung seiner Handlungsfähigkeit . . . . .	229
2. Vorrangige Strukturverantwortung des Parlamentes als Organisationsgesetzgeber . . . . .	231
3. Neupositionierung des Staates – Mobilisierung von Konsens . . . . .	232
4. Kooperationsfähige und -willige Staaten – Salz des kooperativen Völkerrechts und der Kooperation mit Privaten . . . . .	234
C. Anpassungsprobleme . . . . .	235
I. Partielle Steuerungsschwächen des Parlamentsgesetzes – Legitimationsprobleme parlamentarischen Handelns . . . . .	235
II. Akzentverschiebung in der Steuerungsdebatte . . . . .	236
1. Partielle Steuerungsschwächen des Parlamentsgesetzes . . . . .	237
2. Gründe der Steuerungsschwächen . . . . .	238
3. Steuerung durch Verfahren und Organisation . . . . .	239
4. Ordnungspolitische Gesamtentscheidung . . . . .	240
III. Europäische Dimension . . . . .	242
1. Binnenmarkt als Fundament des europäischen Integrationsprozesses . . . . .	243
2. Möglichkeiten differenzierter Integration und Legitimation . . . . .	245
3. Hauptpunkte des «Vertrags von Lissabon» der EU vom 13. Dezember 2007 («Reformvertrag») . . . . .	247
IV. Wandel von der Wirtschaftsgemeinschaft zur Politischen Union . . . . .	250
1. EU – quasi-staatliches, föderales Gebilde, aber kein Staat . . . . .	251
2. Sektoralisierung – Verantwortungsdiffusion . . . . .	252
3. Kompetenzerweiterung des Parlamentes der EU – Zugewinn an Demokratie und Legitimation von Entscheidungen? . . . . .	255
4. Organisationsverfassung – Schlüssel für die Zukunft der EU . . . . .	258
D. Regierung und Parlament im Mehrebenensystem des deutschen Bundesstaates und der EU . . . . .	260
I. Gewaltenteilung im komplexen Mehrebenensystem . . . . .	260
1. Exekutivföderalismus: Nationale und regionale Parlamente als «Verlierer» . . . . .	262
2. Fortsetzung der Kompetenzverlagerung durch Übertragung von Hoheitsrechten . . . . .	263
3. Föderalismusreform I und II . . . . .	266
II. Gewaltenteilung: Herrschaftsbeschränkung und Herrschaftsermöglichung . . . . .	266
1. Ideengeschichtliche Grundlagen und bundesdeutsche Rezeption . . . . .	268
2. Verankerung im Grundgesetz . . . . .	269

3.	Menschenrechtliche Komponente der Gewaltenteilung: Freiheit und Gleichheit als Fundament und Aufgabe des Staates . . . . .	270
4.	Pragmatischer Umgang: Funktionsgerechte Organstruktur . . . . .	271
III.	Europäische und internationale Dimension der Gewaltenteilung . . . . .	272
1.	Wechselseitige Machtkontrolle: Rechts- und sachgerechtes Handeln der Exekutive . . . . .	273
2.	Chancen und Risiken im Kooperationspektrum des offenen Staates . . . . .	273
3.	Druck auf das verfassungsstaatliche Gefüge: Reorganisation der Aufgabenteilung zwischen Staat und Gesellschaft . . . . .	275
4.	Diffusion und Verdünnung repräsentativdemokratischer Entscheidungs- und Legitimationszusammenhänge . . . . .	276
E.	Zwischenbilanz . . . . .	277
	<b>Vierter Teil Primat des Parlamentes?</b> . . . . .	281
A.	Demokratischer Parlamentarismus im offenen Staat . . . . .	281
I.	Veränderte internationale und nationale Rahmenbedingungen . . . . .	281
1.	Neue globale Herausforderungen . . . . .	282
a)	Internationale Friedenssicherung – internationaler Terrorismus als Problem . . . . .	284
b)	Internationaler Standortwettbewerb . . . . .	286
c)	Umwelt- und Klimaschutz . . . . .	288
2.	Neue innenpolitische Herausforderungen . . . . .	292
a)	«Wohlfahrtsstaat» als historische Zwischenphase – Konsolidierung der Demokratie . . . . .	292
b)	Krise des Sozialstaates – Notwendigkeit institutioneller und struktureller Reformen . . . . .	292
c)	Dezentrales Gestaltungs- und Vollzugskonzept: Grenzen parlamentarischer Gesetzgebung und Kontrolle . . . . .	293
3.	Staat und Parlament unter Anpassungsdruck . . . . .	298
a)	Wechselseitige Verwiesenheit von Innen- und Aussenpolitik . . . . .	299
b)	Parlament – «gesteuerter Steuermann»? . . . . .	300
c)	Veränderte Funktionsanforderungen . . . . .	302
d)	Legitimation durch erfolgreiche inhaltliche Repräsentation . . . . .	306
II.	Kooperativer Verfassungsstaat . . . . .	311
1.	Nach aussen: Offener Staat zwischen Souveränität und Interdependenz . . . . .	313
a)	Demokratische Legitimierung des europäischen Integrationsprozesses . . . . .	316
b)	Internationale Kooperation: Dezentrale Struktur der Völkerrechtsordnung – Pluralität der Akteure . . . . .	320
2.	Nach innen: Veränderungen der öffentlichen Gewalt . . . . .	322
III.	Entstaatlichung von Politik: Staatliche Souveränitätsverluste – partielle Funktionsverluste der nationalen Parlamente . . . . .	324
1.	Verlust des Monopols der politischen Entscheidung . . . . .	324
a)	Relativierung der äusseren und inneren staatlichen Souveränität . . . . .	325
b)	Verlust des staatlichen Politikmonopols . . . . .	326
c)	Europa: Relativ günstige (Ausnahme-) Bedingungen für Demokratie . . . . .	327
2.	Funktionsverschiebungen in der bundesstaatlichen Kompetenzordnung . . . . .	327
a)	Kooperativer Föderalismus . . . . .	327
b)	Partielle Funktionsverluste der nationalen Parlamente . . . . .	328
c)	Rückwirkungen auf die verfassungsrechtlichen Institutionen . . . . .	328

3.	Verfassungsrechtlich problematische Dominanz der Regierung gegenüber dem Parlament	329
a)	Parlamentarische Gestaltungsdefizite – Verlust an demokratischer Substanz	329
b)	Schleichender Zentralisierungsschub – schleichende Entmachtung der nationalen Parlamente	330
c)	Stärkung des EP und der nationalen Parlamente – Demokratietheorie der EU	331
IV.	Staatsverständnis i.S. des ermöglichenden Staates («Gewährleistungsstaat»)	336
1.	Änderung des verfassungs- und europarechtlichen Rahmens	336
a)	Formenwandel staatlicher Steuerung (Rahmensetzung)	337
b)	Neue Handlungsformen bzw. Bewirkungsformen – neue Rechtsformen	337
2.	Sicherung der Entfaltungsfreiheit – Selbstverantwortung im Rechtsstaat	339
3.	Verfassung als Freiheits- und Rahmenordnung	339
a)	Offene Kommunikation	340
b)	Grundrechte als wesentliche Determinanten – Gesetz als Instrument politischer Gestaltung	341
c)	Rahmenbedingen für Wirtschaft und Gesellschaft	343
B.	Kooperativer Staat	344
I.	«Partner Staat»	344
1.	Globalisierung schleift zentralstaatliche Informationsmonopole	346
a)	Föderalisierung, Dezentralisation und Dekonzentration	347
b)	Neupositionierung von Staat und Parlament	348
c)	Kooperation zwischen Parlament und Regierung	351
2.	Rückzug oder Rückkehr des Staates?	364
a)	«Multioptionsgesellschaft» – Wissensgenerierung und Regelungsbedarf	364
b)	Beteiligung Privater an öffentlichen Aufgaben	364
c)	Insbesondere im Präventions- und Risikostaat	366
3.	Institutioneller Gesetzesvorbehalt	366
a)	Sicherung von Verantwortungsklarheit und demokratischer Legitimation	367
b)	Einbindung privater Leistungsträger in die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben	368
c)	Überwirkende Legitimationsverantwortung des parlamentarischen Gesetzgebers	368
II.	Parlament in der arbeitsteiligen Staatsorganisation	369
1.	Parlament als Vertretung des ganzen Volkes	369
a)	Repräsentation des pluralistischen Staatsvolkes	369
b)	Bildung und Stabilisierung der Regierung (Kreationsfunktion)	370
c)	Konnex zwischen parlamentarischer Repräsentation und Herrschaft des Gesetzes	374
2.	Stärkung der Personalität des Menschen	375
a)	Gesetzgebung als Teilsteuerung	375
b)	Pluralisierung staatlicher Steuerungsinstanzen	376
c)	Verstärkung der Dezentralisierungs- bzw. Föderalisierungstendenzen in Staat und Verwaltung	377
3.	Politischer Gestaltungsauftrag des Parlamentes im Rahmen der Verfassungsordnung	379

a)	Parlamentsgesetz als politisches Gestaltungsmittel . . . . .	379
b)	Rechtssetzung als arbeitsteiliger Prozess im multifunktionalen Staat – Parlament als Instanz der Kontrolle . . . . .	380
c)	Erstadressat der Freiheitsgrundrechte . . . . .	383
C.	«Entmachtung» der Parlamente? . . . . .	385
I.	Demokratischer Verfassungsstaat im Geflecht der internationalen Beziehungen . . . . .	385
1.	Funktionsverschiebungen in der gewaltenteiligen bundesstaatlichen Kompetenzordnung . . . . .	385
a)	«Auswärtige Gewalt» im Sog des innerstaatlichen Entscheidungs- prozesses . . . . .	385
b)	Entparlamentarisierung: Abwanderung von Kompetenzen vom Parlament zur Regierung . . . . .	386
c)	Politische Gestaltung im Dienst des Menschen – zentrale Rolle des Parlamentes . . . . .	392
2.	«Parlamentsentmachtung»: Historische Parallelen? . . . . .	394
a)	Kein neues Phänomen . . . . .	394
b)	Konstitutionelle Monarchie und Weimarer Republik . . . . .	395
c)	Nationalsozialismus: Deformation des demokratisch legitimierten Bundesstaates . . . . .	396
II.	Pragmatische Parlamentarismuskritik? . . . . .	397
1.	Verknüpfung von Repräsentations- und Gesetzeskritik . . . . .	397
2.	Silberstreifen am Horizont? . . . . .	399
D.	Zwischenbilanz: Wachsende Anforderungen an den Staat und seine leitenden Organe . . . . .	400
I.	Verfassungsmässiger Gestaltungsauftrag des Parlamentes . . . . .	400
II.	Stellung des Parlamentes in der arbeitsteiligen Rechtssetzung . . . . .	401
III.	Konkretisierung des öffentlichen Interesses . . . . .	403
IV.	Schwierige Erfüllung des Gestaltungs- bzw. Legitimationsauftrags . . . . .	404
	<b>Fünfter Teil Perspektiven und Handlungsbedarf . . . . .</b>	<b>407</b>
A.	Staat und Parlament im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel . . . . .	408
I.	Staatliche Souveränität im Zeichen von Europäisierung und Privatisierung . . . . .	408
1.	Verwaltungskooperation auf europäischer und internationaler Ebene . . . . .	409
2.	Souveränität des pluralistischen (Staats-) Volkes als Legitimations- grundlage – Gewaltmonopol als konstituierendes Kriterium des Staates . . . . .	410
3.	Sicherung der externen und internen Handlungsfähigkeit des kooperativen Staates . . . . .	412
4.	Reform der staatlichen Entscheidungsstrukturen – Voraussetzung für strukturelle Reformen . . . . .	415
II.	Demokratischer Parlamentarismus – wachsende Legitimationsprobleme? . . . . .	422
1.	Verbundföderalismus oder Gestaltungsföderalismus? . . . . .	423
a)	Funktionsdefizite des parlamentarischen Systems – fortbestehender Reformbedarf . . . . .	424
b)	Probleme der demokratischen Repräsentation – schwierige politische Kontrolle . . . . .	428
c)	Konnex zwischen Generierung von Steuerungswissen und Konsens- beschaffung . . . . .	430
2.	Demokratiegewinn durch Komplexität und Differenzierung . . . . .	432
a)	Individualisierung der politischen Präferenzen . . . . .	432

b)	Rollenwandel der nationalen Parlamente	435
c)	Kompromisse und Koalitionen	441
3.	Kommunikations- und Integrationsfunktion	442
a)	Politische Führung und Integration	442
b)	Pluralistisches Demokratieverständnis	444
c)	Ungenügende parlamentsvermittelte Legitimation	446
III.	Europäische und internationale Dimension	449
B.	Repräsentationsproblem als Kommunikations- und Integrationsproblem	452
I.	Parlamentarisches System – Subsystem einer komplexen Verfassungsorganisation	452
1.	Kein Kontroll- und Repräsentationsmonopol des Parlamentes	452
2.	Verfassungsorgane als integrierende Bestandteile der Gesamtordnung	453
3.	Volksgesetzgebung als Ergänzung der parlamentarischen Repräsentation	454
II.	Diffuse Legitimationsleistungen	454
1.	Schwindende Bindungs- und Vermittlungskraft der politischen Parteien	454
2.	Mobilisierbarkeit, Legitimationsfähigkeit und Mitwirkungsbereitschaft der Bürger	457
3.	Partizipation der informierten Bürger	457
III.	Überforderter Staat	459
1.	Strapazierter gesellschaftlicher Grundkonsens	459
2.	Garantenstellung des Staates	463
3.	Geordneter Teilrückzug des Staates	463
IV.	Neudefinition der Rolle des Staates	464
1.	Vorfragen	464
2.	«Gewährleistungsstaat»	465
3.	Vertrauen in die selbstregulativen Kräfte der Gesellschaft	466
C.	Wandel des demokratischen Parlamentarismus: Kommunikations- und Integrationsfunktion	468
I.	«Partner Staat»	468
1.	Menschenwürde als «Staatsfundamentalnorm»	468
2.	Weniger Intervention – mehr Gewinn an Gestaltungsmacht	469
3.	Rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft	470
4.	Neuorganisation der Aufgabenteilung zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft	471
II.	Rahmenbedingungen parlamentarischer Legitimation	474
1.	Spannung zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit	475
2.	Relativierung der Stellung der nationalen Parlamente	476
3.	Grenzen ihrer Problemlösungskapazität – Vertrauen in der Bevölkerung	480
4.	Konnex von parlamentarischer Repräsentation und staatlicher Aufgabenerfüllung	481
III.	Parlament – zentrales, repräsentatives Vermittlungsorgan zwischen Volk und Government	486
1.	Parlamentarische Repräsentation: Politische Führung und Integration	486
2.	Artikulations- und Öffentlichkeitsfunktion	487
3.	Staatsleitungs- und Kontrollfunktion	490
4.	Legitimationsfunktion	491



IV. Repräsentation als Kernfunktion . . . . .	493
1. Repräsentationsakt – eigenständiger, delegierter Vertretungsakt . . . . .	493
2. Repräsentation: Responsivität und politische Führung (Strategiefähigkeit) . . . . .	494
3. Regierungsmehrheit und Opposition: Kurations- und Alternativfunktion . . . . .	495
4. Parlamentarische Verantwortung für die Organisation staatlicher Entscheidungsprozesse . . . . .	498
<b>Schluss</b> . . . . .	501
1. Verfassungsrecht im politisch-historischen Kontext . . . . .	501
2. Überforderter Staat – überforderte Parlamente . . . . .	502
3. Grundrechte als wesentliche Determinanten – Gesetz als Instrument politischer Gestaltung . . . . .	503
4. Kooperationsoffener Staat . . . . .	504
5. Alternative Steuerungserfordernisse . . . . .	507
6. Stellung von Parlament und Regierung . . . . .	513
7. Demokratietheoretische Aspekte . . . . .	517
8. Organisationsverantwortung des Parlamentes . . . . .	519
9. Parlament als Vertretung des ganzen Volkes . . . . .	522
10. Repräsentation als Gestaltungsaufgabe – Stärkung des Parlamentes . . . . .	525
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	527
Literaturverzeichnis . . . . .	535
Personenverzeichnis . . . . .	615
Sachverzeichnis . . . . .	619